

**N I E D E R S C H R I F T**

(öffentlicher Teil)

**23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
Wahlperiode 2013 - 2018**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.07.2016
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:27 Uhr
Sitzungsort:	Grund- und Gemeinschaftsschule, Korvettenstraße 2-4, 23558 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Tim Klüssendorf- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Jörn Puhle- SPD

Aydin Candan- SPD

Katja Mentz- grün+alternativ+links (GAL)

Felix Untermann- CDU

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Pastorin Dörte Eitel- AG freier Wohlfahrtsverbände

Hannelore Fahl- CDU

Vertretung für Herrn Röttger

Joachim Giesen- Lübecker Jugendring

Dagmar Hildebrand- CDU

Eveline Kuring-Arent- AG freier Wohlfahrtsverbände

Maria Köhler-Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN

Nicole Vollert- SPD

Kathrin Ziese- Lübecker Jugendring

Thomas Grams- AG freier Wohlfahrtsverbände

Vertretung für Frau Kuzla

Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht

Dr. med. Martin Federsel- Die PARTEI-PIRATEN

Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt

Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4

Fritz Knispel- BfL

Timon Kolterjahn- FDP

Andreas Müller- Freie Wähler & Die Linke

Birgit Reichel- 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt

Vertretung für Herrn Georg

Christian Weise- Kreiselternervertretung

Cornelia Bauke-	Vertretung für Herrn Gadji
Teresa Siefer-	Vertretung für Herrn Regenber
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	
Renate Heidig- Jugendhilfeplanung	
Doris Oldenburg- städt. Kindertageseinrichtungen	
Sonja Rieper- Schule und Sport	
Aiko Wagner- FB 4 Fachbereichscontrolling	
Protokollführung	
Sven Meinecke- 4.041 - FBD	
Sonstige Personen	
Ulrich Garbe- Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Vera-Simone Kuzla- AG freier Wohlfahrtsverbände	Entschuldigt
Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring	Entschuldigt
Burkhard Röttger- CDU	Entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Bacar Gadji-	Entschuldigt
Karl-Heinz Georg- 4.513 - Jugendarbeit/Jugendamt	Entschuldigt
Thomas Mix- Stadt Elternvertretung	Entschuldigt
Lutz Regenber- Mitglied der Fachgruppe HZE	Entschuldigt
Verwaltung	
Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung	Entschuldigt
Angelika Kramm- FB 4 Fachbereichscontrolling	Entschuldigt
Elke Sasse- Frauenbüro	Entschuldigt
Sonstige Personen	
Doris Deutschmann- Seniorenbeirat	Entschuldigt
Annette Windmüller- JobCenter	Entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung von Ausschussmitgliedern / Feststellung der Beschlussfähigkeit / Feststellung der Tagesordnung
2.	Niederschrift vom 02.06.2016
3.	Anliegen der Jugend
4.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
4.1.	Mitteilungen der Verwaltung
4.2.	Umsetzung der Budgetanpassung und Umsetzung der Tarifänderungen bei den Freien Trägern der Jugendhilfe
4.3.	Anhörung der Freien Träger der Jugendhilfe zur Umsetzung der Budgetanpassung und der Tarifänderungen
4.4.	Anfrage der GAL Fraktion zum aktuellen Sachstand der Poolbildung Schulhausmeister Vorlage: VO/2016/03757
5.	Berichte
5.1.	Mdl. Bericht Jugendgerichtshilfe
6.	Beschlussvorlagen
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern
9.	Verschiedenes
15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung von Ausschussmitgliedern / Feststellung der Beschlussfähigkeit / Feststellung der Tagesordnung

Herr Klüssendorf eröffnet die 23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Mitglieder sowie die anwesende Öffentlichkeit und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Klüssendorf weist darauf hin, dass die Besichtigung von Räumen für die Nutzung durch Jugendliche auf dem Gelände der Baltic Grund- und Gemeinschaftsschule der ausschlaggebende Grund für die Sitzung vor Ort gewesen ist. Daher wird im Rahmen des TOP 3 – Anliegen der Jugend – eine Besichtigung der in Rede stehenden Räume durch die Mitglieder des Ausschusses und die interessierte Öffentlichkeit erfolgen.

Als nächstes erläutert Herr Klüssendorf, dass die Verpflichtung von Ausschussmitgliedern durchzuführen ist und verliest dazu die Verpflichtungsformel:

„Hiermit verpflichte ich Sie gemäß § 46 Absatz 6 der Gemeindeordnung zur Gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führe Sie per Handschlag in Ihr Amt ein.“

Danach gibt er Frau Vollert, Frau Fahl, Frau Kuring-Arent, Frau Bauke, Herrn Grams und Herrn Weise die Hand und erklärt: „Ich verpflichte Sie.“

Herr Klüssendorf erklärt, dass die Verwaltung vorgeschlagen hat, den TOP 4.4 vor den TOP 4.1 vorzuziehen, damit Herr Hielscher anschließend aus der Sitzung entlassen werden kann. Weiterhin weist er darauf hin, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Feststellung der Niederschrift von 02.06.2016 aufgerufen wird.

Daneben ist dort vorgesehen, ggf. unter 4.2 und 4.3 im öffentlichen Teil auftretende Beratungspunkte, die schutzwürdige Interessen einzelner Vertragsparteien berühren, im geschützten Rahmen der Nichtöffentlichkeit unter TOP 11.1 und 11.2 zu diskutieren.

Herr Klüssendorf gibt an, dass mündliche Anträge zur Tagesordnung nicht vorliegen und fragt, ob mündliche Änderungswünsche vorgebracht werden und ob die Mitglieder der gem. den Ausführungen angepassten Tagesordnung zustimmen.

Mündliche Änderungswünsche werden nicht vorgetragen, der Ausschuss stimmt der Tagesordnung und der Zuordnung der TOP 10 – 14 zum nichtöffentlichen Teil einstimmig zu.

zu 2 Niederschrift vom 02.06.2016

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Herr Klüssendorf fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 22. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.06.2016 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall. Die Niederschrift ist damit festgestellt.

zu 3 Anliegen der Jugend

Herr Klüssendorf ruft die Anliegen der Jugend auf und weist darauf hin, dass dazu später die angekündigte Besichtigung stattfinden wird.

Vorab hatte Herr Bernet gebeten, einer Gruppe von Jugendlichen aus der Ernestinenschule das Wort zu erteilen. Einwände dagegen werden von den Mitgliedern nicht vorgebracht. Herr Klüssendorf erteilt den Jugendlichen das Wort.

Die Jugendlichen berichten über ihr Projekt „Jugendhaushalt“ und verteilen dazu unter den Mitgliedern des Ausschusses und den Zuschauern ein Handout. Dieses wird der Nieder-

schrift beigelegt. Die Jugendlichen würden gerne 5.000,- bis 10.000,- Euro aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt bekommen. Dieses Geld soll in einem demokratischen Verfahren verwaltet und vergeben werden. Für das weitere Verfahren wird auf das Handout verwiesen. Die tatsächliche Mittelverwaltung und Kontrolle über die sachgerechte Vergabe und Verwendung könnte über den Bereich Jugendarbeit erfolgen.

Herr Klüssendorf fragt Frau Reichel zur Betreuung des Projektes durch die Verwaltung. Frau Reichel weist darauf hin, dass es zu dem Projekt bereits erste Vorgespräche mit Herrn Georg gegeben hat, das Projekt befindet sich aber noch in der Abstimmung. Auch sind diese zusätzlichen Mittel im Augenblick noch nicht vorhanden und müssten vorher bereitgestellt werden.

Eine Nachfrage von Frau Mentz zur Veröffentlichung und Bekanntmachung des Projektes wird von den Jugendlichen beantwortet.

Weitere Nachfragen bestehen nicht. Herr Klüssendorf bedankt sich bei den Jugendlichen für ihren Vortrag und schlägt dem Ausschuss vor, die Bitte der Jugendlichen im Rahmen der Haushaltsberatungen aufzugreifen und zu diskutieren.

Dann bittet Herr Klüssendorf die Mitglieder des Ausschusses und andere interessierte Personen zur Besichtigung der Räume für die Jugendlichen auf dem Schulgelände. Die Besichtigung dauert von 15:14 bis 16:03 Uhr.

Im Anschluss an die Besichtigung gibt Herr Klüssendorf dem Ausschuss und der Öffentlichkeit das Ergebnis der Besichtigung zur Kenntnis.

Eine Lösung für den Grantplatz befindet sich in der Abstimmung. Im Zusammenhang mit der Raumnutzung soll von der Verwaltung ein Vorschlag erarbeitet und finanzwirksame Ergebnisse / Vorhaben sollen dem Ausschuss vor den Haushaltsberatungen im November vorgelegt werden.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegt nichts vor.

zu 4.2 Umsetzung der Budgetanpassung und Umsetzung der Tarifänderungen bei den Freien Trägern der Jugendhilfe

Zu Beginn der Erörterung weist Herr Klüssendorf darauf hin, dass die folgende Präsentation sowie die Nachfragen dazu im Zusammenhang mit den Erörterungen des TOP 4.3 behandelt werden und schlägt vor, dass sich die anwesenden Trägervertreter bereits mit ihren Nachfragen entsprechend einbringen. Er schlägt weiterhin vor, den nicht dem Ausschuss angehörenden Trägervertretern im Publikum gleich das Wort zu erteilen, damit diese sich an dem Meinungsaustausch beteiligen zu können.

Herr Klüssendorf fragt die Mitglieder, ob sie mit der gemeinsamen Beratung der beiden TOPs und der Beteiligung auch der im Publikum anwesenden Trägervertreter einverstanden sind. Der Ausschuss stimmt einstimmig zu.

Herr Jürgensen stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Verfahrensstand der laufenden Budgetanpassung sowie die zugrunde liegenden Betrachtungen vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt. Dabei weist er auch auf die Punkte hin, bei denen bisher

noch keine Einigung erzielt werden konnte. Er erläutert dabei die Sichtweise der Hansestadt Lübeck und stellt dabei in Aussicht, dass es bei existenzbedrohlichen Verwerfungen, die durch das gefundene pauschale Anpassungsverfahren entstehen könnten, Härtefallregelungen geben könnte. Aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen zeitlichen Verzögerung hat die Hansestadt Lübeck den Trägern eine Abschlagszahlung rückwirkend auf den 01.07.2015 ausgezahlt und die laufenden Budgetzahlungen um 3 % erhöht. Die Spitzabrechnung erfolgt dann bei der Umsetzung der vereinbarten Anpassungsregelung.

Herr Klüssendorf sieht in den angebotenen Härtefallregelungen einen Fortschritt für die bisherigen Verhandlungen. Trotzdem hält er es für notwendig, eine Anpassung der Verteilungsregelung von 70 % Personalkosten zu 30 % Sachkosten vorzunehmen, da mehr als 50 % der betroffenen Träger mindestens 70 % oder höhere Personalkosten haben. Die gefundene Verteilung führe danach zu einer Unterfinanzierung, die Einsparungen bei den Trägern notwendig machen. Das steht nicht in Einklang mit den durch die Bürgerschaft gefassten Beschlüssen. Herr Jürgensen merkt an, dass aufgrund der langfristig ausgewerteten Nachweise der Träger die Mehrzahl einen Personalkostenanteil von weniger als 70% hätte. Erst aufgrund der jüngeren Rückmeldungen, die keinen fundierten Rückschluss auf generelle zukünftige Entwicklungen zulassen, könnte dieses Verhältnis überprüfenswert sein. Zur Berechnungsmethode und zu den Härtefallregelungen sprechen außerdem Frau Kuring-Arent, Herr Karschny, Frau Weiher, Herr Wulff, Herr Weise und Frau Severin.

Herr Jürgensen erläutert dem Ausschuss die Gründe, die seinerzeit für die von allen gewünschte Budgetierung sprachen. Frau Weiher ergänzt, dass der Budgetierung eine Systemgerechtigkeit zu Grunde liegt, die nicht zwangsläufig auch zu einer Einzelfallgerechtigkeit führt. Wenn eine Lösung gesucht wird, die den Kosten jedes Einzelfalls gerecht wird, bedeutet dies gleichzeitig den Ausstieg aus der Budgetierung. Dann müsse die Verwaltung aber auch personell in die Lage versetzt werden, dieses aufwändige Verfahren zeitgerecht betreiben zu können. Sie sieht aber durch den von Herrn Jürgensen erarbeiteten Umsetzungsvorschlag die Möglichkeit, die Budgetierung beizubehalten und weist dazu ebenfalls auf die möglichen Härtefallregelungen hin, wenn diese entsprechend begründet und belegt werden können. Dazu sprechen weiterhin Herr Karschny, eine anwesende Mutter, Herr Wulff und erneut Frau Weiher.

Herr Klüssendorf regt an, dass die „70 % - 30 % -Regelung“ an die tatsächlichen Verhältnisse bei der Mehrheit der Träger angepasst werden sollte. Aus der so gefundenen Budgetanpassungsformel in Verbindung mit möglichen Härtefallregelungen könnte dann eine Umsetzung im Rahmen einer pauschalen Budgetanpassung gefunden werden, die dem Beschluss der Bürgerschaft folgt.

Herr Jürgensen weist darauf hin, dass diese Regelung aber nur für die tatsächlich vereinbarten Leistungen gelten kann. Für von den Trägern freiwillig und zusätzlich erbrachte Leistungen kann die Hansestadt Lübeck keine Kosten übernehmen und daher auch keine Anpassungen vornehmen. Zudem sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Die Träger können über Sachargumente weiterhin Einfluss nehmen auf die Budgetanpassung.

Herr Jürgensen regt an, auf Grund der komplexen Materie eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, Trägern und Verwaltung einzurichten, welche die Lösungsansätze für die notwendigen Budgetanpassungen erarbeiten und dem Ausschuss vorstellen kann. Herr Puhle ergänzt, dass diese unter der Leitung des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses tagen sollte.

Herr Klüssendorf stimmt zu. Die Verwaltung soll einen Vorschlag für die Zusammensetzung und die zu beratenden Punkte erarbeiten und mit ihm abstimmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, berichtet Herr Klüssendorf kurz über das Ergebnis der vom Jugendhilfeausschuss eingesetzten Unterarbeitsgruppe zu Tagesgruppen. Es wird daraus vorgeschlagen, im Grundsatz weiterhin bei der Budgetierung der Angebote zu bleiben und Tagesgruppen und Soziale Gruppen weiterhin parallel anzubieten.

Herr Klüssendorf kündigt einen ausführlichen Bericht im Rahmen der nächsten Sitzung des

Jugendhilfeausschusses zu diesem Thema an.

Eine Nachfrage von Herrn Weise zu der Umsetzung der Anhebung des Stellenschlüssels in Ganztagsgruppen um 0,5 Stellen wird von Frau Oldenburg beantwortet.

Abschließend weist Herr Klüssendorf darauf hin, dass die TOPs 11.1 und 11.2 vorgesehen waren, um ggf. unter 4.2 und 4.3 im öffentlichen Teil auftretende Beratungspunkte, die schutzwürdige Interessen einzelner Vertragsparteien berühren, im geschützten Rahmen der Nichtöffentlichkeit zu diskutieren.

Im Rahmen dieser Beratungen wurden solche Punkte nicht tangiert.

Herr Klüssendorf schlägt den Ausschuss daher vor, auf die Beratungen im nichtöffentlichen Teil unter 11.1 und 11.2 zu verzichten und die nicht dem Ausschuss angehörenden Trägervertreter nach dem öffentlichen Teil zu entlassen.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Einrichtung einer Unterarbeitsgruppe unter der Leitung des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, welche die Grundlagen der Bildung und Anpassung der Budgets der Kitaträger erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

zu 4.3	Anhörung der Freien Träger der Jugendhilfe zur Umsetzung der Budgetanpassung und der Tarifänderungen
---------------	---

Gem. einstimmiger Beschlussfassung unter TOP 4.2 gemeinsame Beratung mit TOP 4.2.

zu 4.4	Anfrage der GAL Fraktion zum aktuellen Sachstand der Poolbildung Schulhausmeister Vorlage: VO/2016/03757
---------------	---

Auf Vorschlag der Verwaltung wurde der Punkt vorgezogen vor TOP 4.1.

Herr Hielscher erläutert dem Ausschuss Aufbau und Aufgaben des zukünftigen Hausmeisterpool-Modells beim GMHL anhand einer Präsentation. Diese wird der Niederschrift beigelegt.

Eine Nachfrage von Frau Mentz wird von Herrn Hielscher beantwortet. Herr Klüssendorf verweist auf die Aufgabenstellung des Jugendhilfeausschusses. Weitere Nachfragen erfolgen nicht.

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 5	Berichte
-------------	-----------------

zu 5.1	Mdl. Bericht Jugendgerichtshilfe
---------------	---

Herr Klüssendorf ruft den TOP auf und schlägt aufgrund der vorgerückten Sitzungszeit vor, den Ausführlichen mündlichen Bericht der Jugendgerichtshilfe auf die nächste Sitzung zu verlagern.

Der Ausschuss stimmt einstimmig zu.

zu 6 Beschlussvorlagen

Es liegt nichts vor.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

Es liegt nichts vor.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Frau Mentz fragt an, wann der in der letzten Sitzung angekündigte Bericht Bildungsfonds vorgetragen wird.

Herr Klüssendorf bittet die Verwaltung darum, den Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung vorzusehen.

Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nicht-öffentlichen Teil der Sitzung nicht berechtigt sind, den Sitzungssaal zu verlassen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:22 Uhr.

Die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung nicht berechtigt sind, verlassen den Sitzungssaal.

Nichtöffentlicher Teil:

Ende des nichtöffentlichen Teils der Sitzung: 18:26 Uhr

Der Vorsitzende stellte die Öffentlichkeit wieder her.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Klüssendorf gibt bekannt, dass für die vorsorglich angesetzten Beratungen unter TOP 11 kein Bedarf gesehen wurde, Beschlüsse wurden nicht gefasst. Es wurde die Niederschrift der Sitzung von 02.06.2016 festgestellt.

Ende der Sitzung 18:27 Uhr

Lübeck, den 15. September 2016

Tim Klüssendorf
Vorsitzender

Sven Meinecke
Protokollführung